Bayern

Verwaltung muss arbeitsfähig bleiben

[15.07.2024] Bayerns Digitalminister sieht die konsequente Digitalisierung der Verwaltung als wichtige Möglichkeit, um den künftigen Ruhestand der Babyboomer-Generation und den dadurch entstehenden Fachkräftemangel zu kompensieren. Es gelte, die Potenziale von Standardisierung, Zentralisierung und KI zu nutzen.

Bayerns Digitalminister Fabian Mehring hat sich während eines Impulsvortrags im Präsidium des Bayerischen Landkreistags klar für eine engere Zusammenarbeit von Land und Kommunen ausgesprochen. Die Kommunalverwaltung sei das „Gesicht des Staates zu seinen Bürgern", so der Minister – derzeit bestehe aber noch viel zu oft ein digitaler Flickenteppich unterschiedlichster Insellösungen. Nun soll Standardisierung durch zentrale Angebote helfen, flächendeckend in ganz Bayern nutzerfreundliche Zugänge zur digitalen Verwaltung zu schaffen. Weiterhin setzt Mehring auf Ende-zu-Ende-Digitalisierung der Behördenkommunikation. Davon verspricht sich Mehring schnellere, bürgerfreundlichere Verfahren und eine Entlastung der Verwaltung. Künstliche Intelligenz sieht Mehring als unentbehrliche Schlüsseltechnologie: KI könne die Mitarbeiter in den Behörden signifikant entlasten. Dies hält der Minister für unausweichlich, um dem sich verschärfenden Fachkräftemangel zu begegnen.

Moderne Verwaltung als Standortfaktor

Eine Schlüsselrolle bei der Optimierung von Verwaltungsprozessen sieht der Digitalminister in den Chancen von Künstlicher Intelligenz. Der Einsatz von KI wird in Mehrings Augen Verwaltungsabläufe effizienter und nutzerfreundlicher machen und trägt dazu bei, dem Fachkräftemangel zu begegnen. Spätestens wenn sich die Babyboomer-Generation in den Ruhestand verabschiede, müssten sämtliche Verwaltungsverfahren weitestmöglich automatisiert und digitalisiert sein, sodass „weniger Mitarbeiter die Leistungsfähigkeit des Staates aufrechterhalten können".

Als Voraussetzungen für den gezielten Einsatz von KI nannte Mehring ein professionelles Datenmanagement und hohe Rechenleistungen. Daher setze sich sein Ministerium für eine hybride Multi-Cloud-Strategie ein. Für sein eigenes Ministerium werde derzeit eine KI-Strategie entwickelt; diese solle später auch als Blaupause für andere Ministerien dienen. Ziel sei es, eine moderne digitale Verwaltung zu schaffen, „die als Standortfaktor für unser High-Tech-Land Bayern wirkt".

Enge Zusammenarbeit mit Kommunen

Das Dashboard Digitale Verwaltung (vormals: OZG-Dashboard) gibt einen Überblick zum Status wichtiger Vorhaben bei der Verwaltungsdigitalisierung in ganz Deutschland und ermöglicht auch einen Ländervergleich. Demnach belegt Bayern hinter Hamburg den zweiten Platz und bietet derzeit 254 Online-Leistungen in der Fläche an. Dennoch bleibe viel zu tun, so Mehring. Der Minister will daher gezielt Kommunen unterstützen. „Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sind unsere BayernPackages, mit denen wir Bayerns Kommunen ausgewählte Online-Dienste zentral zur Verfügung stellen und seitens meines Ministeriums hälftig finanzieren. Dadurch entfallen redundante Beschaffungsprozesse und die Qualität der Dienste kann leichter und landeseinheitlich sichergestellt werden."

Auch in anderen Bereichen wollen die Staatsregierung und die bayerischen Kommunen künftig eng zusammenarbeiten, so Mehring. So unterstützt BayKommun, eine neue Anstalt des öffentlichen Rechts, die Kommunen dabei, Basispakete von sofort einsetzbaren Online-Diensten einzuführen. Für mehr bayernweite Standards und gebündelte Beschaffungen soll zudem die Einkaufsgenossenschaft BayKIT der AKDB beitragen. Aufwendige Vergabeverfahren können so entfallen, zudem seien durch größere Beschaffungsmengen Preisvorteile möglich.

(sib)

Stichwörter: Politik, Bayern, künstliche Intelligenz